**Kreistag ändert das Raumordnungsprogramm wegen Erdgasbohrungen.**

Ich möchte die Möglichkeit eines Leserbriefes nutzen, um mich im Namen des Aktionsbündnisses gegen Gasbohren beim Landrat und den Kreistagsabgeordneten für ihr Votum zur Änderung des Raumordnungsprogramms des Heidekreises zu bedanken. Bei nur 4 Enthaltungen wurde u. a. beschlossen, dass es keine Förderbohrungen in Wasserschutzgebieten, Überschwemmungsgebieten, Vorranggebieten zur Trinkwasserförderung und Landschaftsschutzgebieten mehr geben darf. Darüber hinaus soll es für jedes Bohrvorhaben in Zukunft eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP), ein Grundwassermonitoring und Umluftmessungen geben. Diese Entscheidung schließt viele unserer Forderungen mit ein und passt super „on top“ zur bereits vom Kreistag verabschiedeten Resolution gegen Gasbohren. Jetzt wurden Nägel mit Köpfen gemacht, jetzt hat man einen Beschluss in der Hand und an dem muss man erst einmal vorbeikommen.

Eingebracht wurde der Beschlussvorschlag Ende 2019 von der SPD Fraktion, insbesondere haben sich Sebastian Zinke und Lars Klingbeil (MdB) dafür eingesetzt. Klingbeil und Zinke: „Der Schutz von Menschen und Natur muss an erster Stelle stehen“. Gut unterstützt wurde der Antrag von Gudrun Pieper (CDU) mit ihrem Bekenntnis, „dass wir in Zukunft andere Verfahren haben wollen“. Dietrich Wiedemann von den Grünen fordert: Trinkwasserschutz vor Erdgasförderung bei der Rangfolge der Lebensnotwendigkeiten. Nochmals gesagt: Beeindruckend die breite Unterstützung der Kreistagsabgeordneten zu diesem Thema.

Der Handlungsspielraum des Landkreises ist jetzt wesentlich erweitert und gestärkt und eine Aussage von Dr. Bernd Althusmann macht Hoffnung, dass in den letzten 30 Jahren keine Bohrung gegen den Willen eines Landkreises erfolgt sei.

Leider muss man einschränkend aber auch erwähnen, dass parallel das Bundesbergrecht geändert werden muss. Dieses räumt den Betreibern nach wie vor umfangreiche Rechte ein, auch bei Änderung der Raumordnung eines Landkreises. Hier ist unsere Landesregierung mit einer Bundesratsinitiative aber sehr aktiv.

Gegen neue Bohrungen und für die Änderung des Bergrechts hat das Aktionsbündnis eine Petition an Peter Altmaier und die Fraktionen im Bundestag auf den Weg gebracht. Damit soll der Druck auf die Bundesregierung erhöht werden. Für die Petition brauchen wir noch viel Unterstützung. Hier ist das möglich: <https://weact.campact.de/p/Gasbohren-nein-Petition>

Der Schutz unseres Klimas war noch nie so aktuell und wichtig wie heute. Die EU schreitet mit ihren Zielen voran und wir alle sind aufgefordert, bei der Erreichung mitzuhelfen. Ein Puzzleteil ist unsere Forderung mit der Petition: keine neuen Erdgas- und Erdölbohrungen in Deutschland.

Hans-Heinrich von Hofe

Aktionsbündnis gegen Gasbohren Bad Fallingbostel